

# WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 01 (01/81) Wissenschaft und sozialer Fortschritt (1981), S. 11-24

Autor: *Hans Jörg Sandkühler*

Artikel

**Hans Jörg Sandkühler**

**Wissenschaftsentwicklung und gesellschaftliche Bewegungen**

Ausschnitte aus  
BdWi Forum März 1980

Gesellschaftliche Arbeitsteilung, wissenschaftliche Spezialisierung, sozial-ökonomische Funktion und bürgerlich-ideologische Hegemonie sind Faktoren, die hinsichtlich der Wissenschaftler in kapitalistischen Systemen, bezogen auf den dominanten Typus, den Satz erlauben: Sie wissen nicht, was sie tun.

Der Anspruch auf Wertneutralität, der Anspruch auf Exterritorialität inmitten kapitalistischer Produktion und Reproduktion und die Idee, Wissenschaft werde erst und nur im Stadium ihrer Anwendung und Verwertung sozial bestimmt, sind die Kennzeichen dieses Nichtwissens. Sie sind zugleich Indizien für eine Normalität wissenschaftlicher Tätigkeit, die in sozialer Integration und ökonomischer Subsumtion besteht.

Politisch und ideologisch wirkt sich diese Situation sowohl in konservativer wie in links-opportunistischen Denkmustern aus: zum bürgerlichen

Staat gehört der bürgerliche Wissenschaftler, und der Marxist und Sozialist ist im Wissenschaftssystem nicht vorgesehen; wo er auftritt, ist er Feind und wird mit Berufsverbot belegt; der Schematismus der Identifizierung von 'Warenform' und 'Denkform' verfestigt wider Willen diesen konservativen Hegemonieanspruch; auch für ihn fällt der Widerspruch innerhalb des gesellschaftlichen Systems Wissenschaft aus der Definition der Wissenschaft im Kapitalismus heraus.

Sozial, politisch, ökonomisch und ideologisch aber gehört dieser Widerspruch zur bürgerlichen Gesellschaft selbst, seit ihrer Entstehung und bis in die Phase ihrer Überwindung: Wissenschaft tritt nicht nur in der Dimension 'Kapital' auf, sondern entsprechend deren Entwicklungsprinzipien, ebenso in der Arbeiterbewegung, Dieses „nicht nur - sondern auch“ ist freilich nur eine umgangssprachliche Verlegenheitslösung für einen theoretisch klarer faßbaren Tatbestand.

Diese Konjunktion unterschlägt, worin die Beziehung ihre Struktur hat: in einem historisch bestimmten Verhältnis aller Momente der bürgerlichen Gesellschaft, die zusammen bilden, was Gramsci einen 'historischen Block' nennt. Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft ist determiniert nicht allein vom Kapital und dessen isoliert betrachteter Reproduktion, sondern vom Kapital als Reproduktionsverhältnis. So wäre es falsch, allein der Bourgeoisie die Umsetzung von Wissenschaft in (ökonomische) Praxis zuzuschreiben, dem Faktor 'Arbeiterklasse' - weit gefaßt als Begriff für alle lohnabhängigen, vom Monopol bedrohten Schichten - aufgrund von deren Unterdrückungssituation aber allein die Entwicklung einer 'alternativen' Ideologie zuzurechnen. Historisch und aktuell entsteht in den Auseinandersetzungen der Arbeiterbewegung und über sie hinaus etwa in Wissenschaftlerbewegungen ein qualitativ neuer Typus der Beziehung zwischen Theorie und Praxis und der Überführung von Wissenschaft in gesellschaftliche Produktivkräfte, ausgezeichnet durch den historisch notwendigen Vorrang des Politischen, welches in letzter verändernder Instanz sozial-ökonomische Wirkung bereits vor der Phase der Überführung der gesellschaftlichen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum ausübt.

Voraussetzung dieser Einschätzung ist, daß der Begriff der 'Produktivität der Wissenschaft' zwar vom Terminus 'produktiv' im Sinne der politischen Ökonomie ausgeht, ihn aber zugleich überschreitet in der Frage nach der Nützlichkeit der Wissenschaft für den gesellschaftlichen Fortschritt.

Wie produktiv ist Wissenschaft? In wessen Interesse wird Wissenschaft produziert? Verschärft die Entwicklung wissenschaftlicher Produktivkräfte den Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen? Oder entwickelt der Kapitalismus die Produktivkraft Wissenschaft prinzipiell nur soweit, wie sie der Reproduktion des bestehenden Kapitalverhältnisses, d.h. der langfristigen Systemstabilität dient?

Mit der Frage nach der produktiven Funktion der Wissenschaft im Kapitalismus verbunden sind weitere Probleme:

1. das Problem, inwieweit der staatsmonopolistische Kapitalismus den Übergang von extensiven Formen der Erweiterung der volkswirtschaftlichen Reproduktion zur intensiv erweiterten Reproduktion bewerkstelligt;
2. das Problem der Erkennbarkeit und Prognostizierbarkeit der Wissenschaftsentwicklung, der Bestimmung von dem Wesen der Entwicklung adäquaten Parametern etc.;
3. das Problem des Charakters der wissenschaftlich-technischen Revolution unter kapitalistischen Bedingungen: entfaltet sie sich überhaupt und, wenn ja, mit den Auswirkungen in Richtung einer sozialen Revolution?

Antworten auf diese Fragen müssen folgende Punkte berücksichtigen:

Erstens darf der Begriff der kapitalistischen Produktionsweise nicht so eingesetzt werden, daß der gesetzmäßige Charakter des 'Übergreifens' der materiellen Produktion auf alle Lebensbeziehungen sich in einer Stabilität des Systems ausdrückt, nicht aber in dessen Dialektik; das kapitalistische Gesetz der Produktion und Reproduktion der Arbeiterklasse muß hier eine wesentliche Rolle spielen.

Zweitens muß die sozialökonomische produktive Funktion der Wissenschaft als Bedingung des Übergangs zum Sozialismus erscheinen und nicht nur als dessen Resultat; sonst fiel die Wissenschaft aus dem Klassenkampf heraus, dessen Errungenschaft sie bestenfalls zu sichern in der Lage wäre, dessen Instrument und Ergebnis sie aber nicht wäre.

Drittens: die Wissenschaft ist eine Funktion des Gesamtsystems der Antagonismen des Kapitalverhältnisses, des Klassenkampfes und der politisch-rechtlichen Strukturen der Gesellschaft und bildet dieses System - hier ihre ideologische Funktion - notwendig adäquat ab; adäquat ist nicht gleichbedeutend mit 'wahr' bzw. 'richtig' (logisch), sondern meint: Wissenschaft ist Widerspiegelung der Widersprüche des Kapitalismus in der Form eines widersprüchlichen Wissenschaftssystems.

Diese Widersprüchlichkeit schlägt sich nieder in den Gesellschaftswissenschaften in der bürgerlichen Gesellschaft, in deren Ambivalenz von notwendiger Realitätshaltigkeit und irrationalistischer Ideologieproduktion; sie schlägt sich nieder in ideologischen Kampfbegriffen wie 'Wissenschaftspluralismus', deren institutionelle Seite der Kampf um Marxismus und Marxisten an Universitäten ist (wo es sie schließlich gibt); sie schlägt sich nieder in wissenschaftlichen Institutionen der Arbeiterklasse inmitten bürgerlicher Herrschaft; sie zeigt sich in der Mitwirkung sozialistischer Wissenschaftler in Bürgerinitiativen und im Mitbestimmungskampf von Wissenschaftlern und Technikern in Betrieben und staatlichen Großforschungseinrichtungen.

Es ist zweifellos richtig, diese Seite des Widerspruchsverhältnisses nicht überzubewerten. Worauf es ankommt, ist, den dialektischen Begriff der Wissenschaft der realen Dialektik des Wissenschaftsprozesses und der Dialektik der Klassenauseinandersetzung abzugewinnen und keinen homogenen, statischen Zustand von 'Kapitalismus' zu unterstellen.

Die hier notwendige Schlußfolgerung für die Analyse der Wissenschaft im Kapitalismus muß zunächst lauten: eine wesentliche Problemstellung der Wissenschaftspolitik und der Wissenschaftsforschung muß die Ent-

Hans Jörg Sandkühler

wicklung eines nicht-kapitalistischen Wissenschaftssektors im Kapitalismus sein.

Mit Phasenverschiebung entfalten sich nicht-kapitalistische Formen der Wissenschaftsproduktion und -organisation im Rahmen der Arbeiterklasse in vielen technologisch hochentwickelten Ländern des kapitalistischen Systems. Erst in dieser strategisch wichtigen Sichtweise können einseitige Fixierungen auf den Aspekt der Kapitalreproduktion vermieden werden; erst so wird aus der Existenz widersprüchlicher Klassenbewegung die Folgerung gezogen, welche die mechanistische, in der Kritik bürgerlicher Ideologie immer wieder auftretende Gleichung 'Wissenschaft im Kapitalismus = kapitalistische Wissenschaft' verhindert.

Was ist und wer definiert arbeitnehmerorientierte Wissenschaft?

In einer programmatischen Rede hat 1977 Heinz Oskar Vetter als DGB-Vorsitzender nüchtern festgestellt, es seien in der Geschichte unserer Universitäten „eher die geistigen Waffen gegen die Arbeiterbewegung geschmiedet worden“ als deren Glück. Und doch brauche die Universität nicht für immer den „Interessen von Wirtschaft und politischem Konservatismus verpflichtet zu sein! ... Die Arbeitnehmer, auf deren Arbeit der Reichtum dieser Gesellschaft beruht und die damit auch die Hochschuletats mitfinanzieren, haben ein Recht darauf, daß ihre Probleme, ihre Interessen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten Eingang in Forschung, Ausbildung und Weiterbildung finden, Dieser Anspruch muß Geschichte machen, d.h. er muß in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen unserer Tage durchgesetzt werden, und deshalb wird er hier angemeldet“.<sup>1</sup>

Vetter bezog sich in seiner programmatischen Erklärung auf Wissenschaft in dreierlei Bedeutung:

- als Qualifikationsprozeß zur Steigerung des Arbeitsvermögens,

---

<sup>1</sup> H.O. Vetter, Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 8, 1977 ((Sonderdruck), 4-5.

- als angewandte Technologie zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und
- als Ideologieproduktion und Mittel zur Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse.

Und alle drei Momente betreffen unmittelbar Funktionsbereiche der Gewerkschaften als Interessenorganisation der Arbeitnehmer. Konsequenz daraus ist: die Gewerkschaften wollen vom betroffenen Objekt der Wissenschaft zum Subjekt der Wissenschaftsentwicklung werden und beanspruchen die Definitionshoheit über die Wissenschaft, die sie zum sozialen Nutzen der Massen einsetzen wollen oder eingesetzt wissen wollen. Ohne diesen politischen Willen sind die Definitionen nicht erklärbar, die zum Konzept der arbeitsorientierten Wissenschaft vorliegen.

Es gibt inzwischen eine Fülle leider noch kaum systematisch gesammelter Dokumente: Gewerkschaftsbeschlüsse, Beschlüßanträge, Programmentwürfe für den Wissenschaftssektor, Vertragstexte zu Kooperationsprojekten zwischen Gewerkschaften und Hochschulen, empirische Analysen und theoretische Beiträge in gewerkschaftlichen Medien und in Buchveröffentlichungen. Hervorzuheben, weil die entwickeltste Position darstellend, ist das soeben im Kölner Bund-Verlag erschienene umfassende Gemeinschaftswerk der Leiter und Mitarbeiter des an der Universität Bielefeld angesiedelten Projekts „Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer als Gegenstand der Hochschulforschung“. Sein Titel: „Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen“<sup>2</sup>.

Aufgabe dieses gewerkschaftlichen Leitprojekts ist es, Bedingungen und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Arbeitnehmerinteressen bei der Planung und Durchführung von Forschungsvorhaben sowie bei der Umsetzung der Ergebnisse stärker als bisher berücksichtigt werden können. Obwohl es sich auf die in der BRD nicht repräsentative Hochschulforschung beschränkt - nicht repräsentativ, weil zwei Drittel aller in Forschung und Entwicklung Beschäftigten in der privaten Wirtschaft arbeiten und hier

---

<sup>2</sup> S. Katterle, K. Krahn, Köln 1979, im folgenden zitiert: (W+A).

der überwältigende Teil der finanziellen Mittel eingesetzt ist -, sind die Ergebnisse des Projekts richtungsweisend. Das Projekt will Vorschläge unterbreiten hinsichtlich einer „idealtypischen methodischen Vorgehensweise, wie Forschungsdefizite aus Arbeitnehmersicht erarbeitet und in Forschungsprioritäten umgesetzt werden können“. Wichtig ist, daß es nicht beim theoretischen Modell einer alternativen Forschung stehenbleibt, sondern realistisch „Überlegungen zur Verbesserung der personellen, finanziellen und organisatorischen Bedingungen arbeitnehmerorientierter Forschung an den Hochschulen“ einschließt.<sup>3</sup> Und doch könnte dem Projekt das Etikett einer intellektuellen Pläneschmiede umgehängt werden, wenn nicht... Ja, wenn nicht! Sind es nicht doch wieder Wissenschaftler, die den Gewerkschaften den Weg zur Wissenschaft vorschreiben? Wer denn sonst, wird man, an traditionelle Standards fixiert zurückfragen.

Hier zeigt sich, was letztlich neu ist an der arbeitnehmerorientierten Wissenschaft, was sie zur wirklichen Alternative zur gepriesenen „freien Wissenschaft“ macht: Das Bielefelder Projekt und es steht nicht allein - hat seine Lehren aus der an zahlreichen Hochschulorten längst bestehenden Kooperation zwischen Wissenschaftlern und Arbeitnehmervertretern gezogen und es hat - und hier steht es noch allein - selbst in Dortmund, Frankfurt, Göttingen und Hamburg diese Kooperation mit aufgebaut und ausgewertet.

Die Verallgemeinerungen aus dieser gewerkschaftlichen Wissenschaftspraxis sind nun keine bloßen wissenschaftstheoretischen Konstruktionen mehr, sondern wissenschafts- und gesellschaftstheoretisch geleitete Erfahrungssätze. Das Projekt hat den unter Wissenschaftlern recht seltenen Mut bewiesen, öffentlich hinzuzulernen.

Vergleicht man, was es 1977 in seinem Zwischenbericht an theoretischem Entwurf der neuen Wissenschaft gedacht, mit dem jetzt vorlie-

---

<sup>3</sup> Projekt 3140, Mitteilung vom 20.11.79, S 11.

genden Resultat, dann wird man feststellen: die Praxis und das Bemühen um vertiefte theoretische Begründung haben zu einer Revision vieler zunächst verschwommener Annahmen geführt. Mit anderen Worten: die Transparenz des Erkenntnisprozesses, welche das Projekt gegen die Geheimhaltung im Wirtschaftssektor als Kennzeichen demokratischer Wissenschaft fordert, hat es selbst vorexerziert.

Was hat es konzeptionell erreicht? Es hat drei methodologische Kriterien einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft theoretisch umrissen. Diese Kriterien heißen: Interessenbezug, Praxisbezug, Kooperation. Genauer: Wissenschaft soll sich an den Interessen der Arbeitnehmer orientieren, Wissenschaft soll praktisch nutzbare Problemlösungen liefern und Wissenschaft soll die Distanz gegenüber der Gewerkschaft aufgeben. Zwischen diesen drei Kriterien einer alternativen Wissenschaft gibt es eine innere Logik.

Denn: wer mißt, wer greift auf, wer artikuliert die Interessen der Werktätigen? Das Kooperationskriterium folgt der geschichtlichen Logik der Interessenvertretung. Als größte Organisation der Arbeiterbewegung vermittelt die Gewerkschaft zwischen den Interessen und der Wissenschaft. Entscheidend für das Verständnis der Arbeitnehmerinteressen ist, daß sie nicht spontan formuliert werden können. Was Interesse ist, muß - auch wissenschaftlich - erarbeitet werden. Denkt man hier ein Stück weiter, so kommt man zur Folgerung: die arbeitnehmerorientierte Wissenschaft bildet nicht nur vorhandene Interessen ab, verdoppelt nicht die Realität, sondern stößt von der Diagnose zur Prognose vor, unterstützt die Erarbeitung gewerkschaftlicher Strategien und verbessert die Zielfindung gewerkschaftlicher Politik. Mit anderen Worten: Wissenschaft realisiert nicht nur Interessen, sondern hebt Interessen auf ein entwickelteres Niveau<sup>4</sup>.

Das Kriterium „Kooperation“ wird dabei im Wortsinn zum Prüfstein. Denn was arbeitnehmerorientierte Wissenschaft ist, kann nach den histo-

---

<sup>4</sup> W + A, 145.



rischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung mit der Intelligenz nicht der Wissenschaftler in 'Einsamkeit und Freiheit' bestimmen. Diese Definition von Wissenschaft steht nicht im Lexikon. Sie ist das Ergebnis kollektiven Handelns von Wissenschaftlern und Gewerkschaftern. Kooperation hat - um eine Formulierung von S. Katterle zu verwenden - mehrere Funktionen: Sie dient der Absicherung gesellschaftlicher, ökonomischer und institutioneller Rahmenbedingungen. Sie ist Instrument des Erkenntnisprozesses, indem sie Erfahrungen im Produktionsprozeß und im gewerkschaftlichen Handeln in die Wissenschaft integriert. Sie ist Mittel zum Transfer von Erkenntnissen in die Gewerkschaftspraxis. Und schließlich: Kooperation muß Kooperationsbedingungen erzeugen und verbessern; mit anderen Worten: die soziale Distanz zwischen Wissenschaftlern und Gewerkschaftern würde, bliebe sie unverändert bestehen, alle anderen Funktionen der Kooperation verhindern <sup>5</sup>.

Fassen wir thesenartig zusammen: in der arbeitnehmerorientierten Wissenschaft wird die Arbeiterbewegung durch die Gewerkschaften zum Träger und zum Subjekt einer neuen, auf Demokratie verpflichteten Wissenschaft. Diese Wissenschaft lebt nicht mehr in der und von der sozialen Trennung zwischen Arbeit und Erkenntnis, Lohnabhängigkeit und Privileg.

## **Wissenschaftlerbewegung und Wissenschaftsentwicklung**

Die Wissenschaftsentwicklung in den heutigen kapitalistischen Ländern ist zwar weitgehend vom spontanen Wirken ökonomischer Gesetzmäßigkeiten geprägt. Die ersten Erfolge der Gewerkschaftsbewegung in der BRD im Bereich der Wissenschafts- und Forschungspolitik zeigen aber, daß der Zusammenhang zwischen Wissenschaft, Technik und Produkti-

---

<sup>5</sup> S. Katterle, Kooperation als Voraussetzung und Instrument arbeitnehmerorient. Forschung, in: Bielefelder Universitätszeitung, Nr. 108, 1978, 10.

on nicht naturwüchsig unbegriffen und unbeeinflussbar ist. Entscheidend ist, in die Rechnung das wichtigste Element der Produktion und Reproduktion, die Menschen in ihrer Arbeit, einzubeziehen. Es geht um die Stellung der Arbeiterklasse, um die Stärke ihrer Organisationen, um die Bewußtheit ihrer Politik.

Ohne Demokratie, ohne die ökonomische Verfügung der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung über die Produktionsmittel und ohne die politische Macht zur Sicherung der Mehrheitsinteressen gegenüber den Machtansprüchen der monopolistischen Bourgeoisie bleibt die Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft letztlich selbst Ausdruck des Widerspruchs, bildet den Widerspruch in sich ab und wird an der vollen Entfaltung ihrer fortschrittlichen sozialen Wirkung gehindert. Gleichwohl bleibt zu berücksichtigen: Ergebnisse der Wissenschaft nutzen sich nicht ab und bleiben verwendbar. Selbst die Produktivkraftentwicklung durch bürgerliche Wissenschaft dient nicht ausschließlich dem Kapital, sondern verbessert langfristig die Ausgangsbedingungen der Arbeiterklasse auch dann, wenn zunächst ihre negativen Folgen wirksam werden. Innerhalb des materiell-gesellschaftlichen Strukturwandels der Produktion und der Klassenverhältnisse vollzieht sich ein Strukturwandel im Qualifikationsprofil wissenschaftlicher und technischer Tätigkeiten. Die Gesellschaftlichkeit des Bewußtseins von Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz ist in den Strukturwandel unmittelbar einbezogen: der gesellschaftliche Inhalt der Erkenntnistätigkeit und des produzierten Wissens tritt deutlicher zutage. Mit anderen Worten: geistige Tätigkeit, wissenschaftlich-technisch qualifizierte Erfahrungen und Erkenntnis tendieren stärker zum Bewußtsein der Gesellschaftlichkeit sowohl ihrer kognitiven wie ihrer materiell-praktischen Dimension. In der Organisation geistiger Arbeit verschmilzt die Individualität von Angehörigen der Intelligenz immer mehr mit dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit. Zu fragen ist nicht nur, wie sich die Intelligenz zur Bourgeoisie oder zum Proletariat verhält - gerade als verhielte sich diese Schicht von einem klassenneutralen Außenstandpunkt aus zu den Klassen -, sondern es ist vielmehr zu fragen, wie sich die gesellschaftlichen Beziehungen in der Intelligenz geltend machen; oder anders ausgedrückt: wie

Hans Jörg Sandkühler

wirken die widersprüchlichen materiellen Verhältnisse der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft als Vermittlungsglieder zwischen der gesellschaftlichen Aktivität körperlich bzw. geistig Werktätiger?

Aufgrund der Verwandlung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft und aufgrund des enormen gesellschaftlichen Funktionszuwachses wissenschaftlicher Tätigkeit in der Produktion und Reproduktion des Kapitalverhältnisses hat der sozial-ökonomische Widerspruch in kaum einer anderen Schicht eine derart tiefgreifende Wirkung wie in der wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Man kann sagen, daß diese Schicht heute durch ihre Produktionstätigkeit wesentlich an ihr beteiligt ist, und zwar in einem erheblich größerem Ausmaß, als der Zahlenvergleich zwischen den Angehörigen der Hauptklassen und dieser relativ kleinen Schicht es erwarten läßt. Wissenschaftlich-technische Produktivkräfte steuern zunehmend den Prozeß der Verschiebung im Kräfteverhältnis der Klassen. Unabhängig davon, ob dieser oder jener Wissenschaftler und Ingenieur sich dessen bewußt ist, trägt seine Tätigkeit zur Sprengung der durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse künstlich, krampfhaft und gewaltsam errichteten Barrieren der Produktivkraftentwicklung in Richtung der Überwindung des Kapitalismus bei. Entsprechend ihrer gesellschaftlichen Funktion steht die wissenschaftlich-technische Intelligenz nicht in einem Niemandsland zwischen den Hauptfaktoren des Kapitalverhältnisses, sondern in einer komplizierteren Beziehung zur Dialektik der Hauptklassen, als es die bildhafte Vorstellung von der 'Mitte zwischen den Klassen' ausdrücken kann. Sie tritt aktiv ein in den Reproduktionsprozeß des Kapitalismus.

Reproduktion des Klassenverhältnisses bedeutet im staatsmonopolistischen Kapitalismus, daß sich nicht mehr die Kapitalisten vermehren, sondern die Kapitalien vergrößern, wobei die kapitalistische Klasse zahlenmäßig abnimmt. Die Arbeiterklasse wird quantitativ und qualitativ stärker. Wo steht in dieser Entwicklung die Intelligenz? Gemessen an ihrer objektiven Funktion, Dienste in der Konzentration und Zentralisation des Kapitals zu übernehmen und damit die erweiterte Reproduktion

der Arbeiterklasse zu beschleunigen, steht sie in einer gesellschaftlichen Funktion als Faktor der Intensivierung der Klassenverschiebung.

Die Rolle der Intelligenz darf nicht nach dem Selbstverständnis der bürgerlichen Ideologen und auch nicht nach dem Selbstverständnis selbsternannter intellektueller Avantgarden bestimmt werden. Selbst unabhängig von der objektiven Parteinahme für das Kapital und den Kapitalismus trägt die Intelligenz dazu bei, daß die Reproduktion der Klassen (und ihrer selbst als Schicht) an die Grenze des Übergangs zu sozialistischen Formen der Produktion und der gesellschaftlichen Organisation vorangetrieben wird.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: ich spreche von keinem Automatismus, und die Parteinahme der Intelligenz beschleunigt oder verlangsamt diesen Prozeß. Mit andern Worten: die wissenschaftlich-technische Revolution ist an sich keine Garantie für den Sozialismus, sie ersetzt nicht den aktiven Kampf der Arbeiterklasse. Die klare materialistische Bestimmung der Rolle der Intelligenz, einer 'Rolle in letzter Instanz', ist aber eine Voraussetzung dafür, daß im ideologischen Kampf die Intelligenz auf die Seite der Arbeiterbewegung gezogen werden kann. Zunächst reißt die wissenschaftlich-technische Revolution die Intelligenz mit allen Folgen, sozialen und ideologischen, in den Strudel der Krise des Kapitalismus. Teile der Intelligenz klammern sich um so heftiger an das sinkende Boot. Soziale Gratifikationen hält das Kapital aber nur für einen kleinen Teil der Intelligenz bereit. Die Mehrheit spürt tagtäglich die Abhängigkeit von einer Macht, die ihrer Tätigkeit feindlich gegenübersteht. Eine der wichtigsten Erfahrungen macht der wissenschaftlich-technische lohnabhängige oder gehaltsabhängige Werktätige, sobald sich die materiellen, vor allem finanziellen Ressourcen seiner Arbeit verringern, sobald seine Tätigkeit sachfremd und bürokratisch behindert wird, sobald er z.B. zwischen dem Rüstungs- und dem Bildungs- oder Wissenschaftshaushalt vergleicht. Er spürt die Wirkungen einer Krise und sieht sich konfrontiert mit Erklärungen der Krise des Kapitalismus. Da er sich aus eigenem materiellen Interesse nicht blind stellen kann, fällt er auf die Lüge, diese Krise sei 'weltweit', nicht herein.

Die lebhafteste Demokratie-Diskussion in der BRD zeigt, daß die Krise zur Suche nach gesellschaftlichen Alternativen zwingt. Sie zeigt, daß Teile der Intelligenz sich an Positionen heranarbeiten (arbeiten wortwörtlich genommen), welche historisch die Arbeiterklasse innehat. Die Tendenz, in welcher sich die kapitalistisch gesteuerte Verwissenschaftlichung der Produktion und Reproduktion durchsetzt und zugleich neben kapital-subsumierten Formen der Vergesellschaftung wissenschaftlicher Tätigkeit nicht-monopolistische Wissenschaftsinhalte herausbilden, ist ein wichtiges Moment der Widerspruchsentwicklung in der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft.

Unter ideologischen Gesichtspunkten führt die Berücksichtigung dieser Tendenz zu einer fundierten Kritik konservativer und linksopportunistischer Identifizierungen von Kapital und Wissenschaft. Unter politischem Aspekt drängt dieses Ergebnis zur Verstärkung gewerkschaftlicher und anderer politisch-organisatorischer Aktivitäten in Richtung demokratischer Mitbestimmung und Kontrolle im Wissenschaftsprozess und zur Legitimation der gegen die Kapitalherrschaft gerichteten Forderungen auf Beteiligung an den wissenschaftlichen Ressourcen der Gesellschaft. In historischer Perspektive fördert diese Tatsache die Forschungen zur geschichtlichen Herausbildung alternativer wissenschaftlicher Tätigkeit in der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung. Wissenschaftstheoretisch gesehen stellt sich eine neue Aufgabe: das Widerspruchssystem "Wissenschaft im Kapitalismus" so allgemein wie möglich und so formationspezifisch wie notwendig kategorial zu erfassen. Der Begriff der Herausbildung eines nicht-kapitalistischen Sektors der Wissenschaftsentwicklung ist - wenn er nicht eng politisch-ökonomisch gefaßt wird - ein Beitrag zur Lösung dieser theoretischen und politischen Aufgabe. Er erlaubt es, die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaftler für den Fortschritt tiefer zu begründen und realistischer zu fordern.

In diesem Prozeß steht die demokratische Wissenschaftlerbewegung vor der Aufgabe, sich zu organisieren, ohne sich der Gewerkschaftsbewegung zu verweigern. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Wis-

senschaftler und die Sicherung ihrer Arbeitsplätze ist in erster Linie das Ziel ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Und doch wäre es politisch wie wissenschaftlich falsch, eine Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Wissenschaftlerorganisationen mit der Grenze zwischen der Vertretung materieller und politischer bzw. wissenschaftspolitischer Interessen zu unterstellen. Eine solche Arbeitsteilung würde die Wissenschaftler sozial von der Arbeiterklasse distanzieren und verhindern, worauf es heute entscheidend ankommt: die Annäherung zwischen Gewerkschaften und Wissenschaftlern als gemeinsamen politischen Lernprozeß zu organisieren. Die Organisationen demokratischer Wissenschaftler sind heute Alliierte der Gewerkschaften. Sie können und müssen ihre Mitglieder fähiger dazu machen, von Alliierten zu Teilen der Gewerkschaftsbewegung zu werden. Dies ist keine nur befristete Aufgabe. Als Gewerkschafter wird der Wissenschaftler dazu beitragen, daß die Doppelmitgliedschaft etwa in einer DGB-Gewerkschaft und im Bund demokratischer Wissenschaftler keine Spaltung, sondern eine Verdoppelung bedeutet.